

Theologie/Kirche

Revolution auf Fränkisch

1968 im beschaulichen Erlangen

– von Gerhard Müller –

Heinz Duchhardt zum 75. Geburtstag

Am 2. Juni 1967 war der Student Benno Ohnesorg in Westberlin während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien erschossen worden. Viele Menschen meinten damals, dass dieser Schah ein undemokratisches, autoritäres Regime führe, dem die Ehre eines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik Deutschland nicht gebühre. Deswegen gingen sie auf die Straße. Der Tod von Benno Ohnesorg wurde zum Symbol dafür, dass es auch in Westdeutschland nicht so weitergehen könne. „1968“ steht hier – wie allgemein üblich – nicht für das Kalenderjahr, sondern für eine Bewegung, die früher begann und deren Auswirkungen bis in unsere Gegenwart hinein reichen.

einem Abbild der „Christengemeinde“ verklärt werden, scheint seine Schülerschaft gegenüber dem Sozialismus gutgläubig-wehrlos gemacht zu haben, sodass sie sich 1968 als nicht widerstandsfähig erwies. Über den Scherben ihrer Illusion mochte nach gut einem halben Jahrhundert Pause die Stunde der liberalen Troeltsch-Epigonen schlagen. Auch Theologie-Moden kommen und gehen.

Aber in dem berühmten Briefwechsel des jungen Karl Barth mit Adolf von Harnack, dem ehrwürdigen Repräsentanten liberaler Theologie, im Jahr 1923 ging es nach Barths Verständnis nicht um frischen Wind, in dem muffige Talare auszulüften waren, sondern im Ernst um den „sel'gen Wind“ (Ambrosius Blarer), der pfingstlich bewirken soll, „dass aufgeh rechter Glaube, / und unsre Zunge ganz Feuer werd, / nichts rede als dein Lob auf Erd / und was den Nächsten bauet“ (EG 127,3).



Karl Barth
(1886-1968)

Das allgemeine Diskutieren ist mangels Kompetenz bald wieder verstummt. Das Vortragen ist wieder gang und gäbe. Aber der Freimut autoritativer Verkündigung im Modus des prophetischen „So spricht der Herr“, der sich auf das „Es steht

geschrieben“ stützt, hat sich aus Angst, als persönlicher Machtanspruch missdeutet zu werden, verkrochen. Und der Vortrag unverbindlicher Ansichten langweilt. Wenn es um Ansichten geht, ist in der Tat nicht einzusehen, wieso ein einzelner die seinen auf der Kanzel vortragen darf, ich dagegen meine widersprechenden nicht. Im Gottesdienst hat nicht jeder gleichviel zu sagen. Vielmehr müssten sich alle gemeinsam dem Wort Gottes beugen.

Karl Barth fragte in seinem zweiten Offenen Brief an Herrn Professor von Harnack: „Was denn, wenn wir von Sentimentalitäten absehen wollen, Glaube etwa anderes sein könne, als der Gehorsam, den ich einem menschlichen Wort schenke, das mir Gottes Wort als an mich gerichtet bezeugt, als wäre es selber Gottes Wort.“³

Zu denken gab mir im Jahr 1968, dass ich eines Tages auf dem Weg zur Mensa an Baumstämme geklebte Plakate lesen musste, auf denen ein bekannter jüdischer Professor quasi als Faschist angeprangert wurde. Erinnerste das nicht an Pogromhetze? Bei ihm hatte ich einige Semester zuvor eine Vorlesung über Paulus gehört, die für mich eine der eindrücklichsten neutestamentlichen Vorlesungen meines Studiums war. Als Historiker verhehlte er nicht seine Hochschätzung des Preußentums. Auf den Hetz-Plakaten gegen ihn zeigte mir „1968“ sein böses, feindliches Gesicht. Was wie frischer Wind erscheinen wollte, schien hier von einem fanatischen Ungeist eingeblasen zu sein. Und ich fragte mich, ob nicht auch das „Stören“ von Gottesdiensten im Grunde zum Ziel hatte, das Wort Gottes zum Verstummen zu bringen. ●

PROBLEMSTAU



BILD: HÜBNER

Gerhard Müller,
Dr. theol.,
Professor em.
für Kirchengeschichte, war
von 1982–1994
Landesbischof
der evang.-
luth. Kirche in
Braunschweig.

Zum 1. Oktober 1967 wurde ich auf eine ordentliche Professur für Historische Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg berufen. Meine Familie und ich kamen aus Rom, wo ich vom 1. Oktober 1966 bis zum 30. September 1967 als Dozent am Deutschen Historischen Institut hatte forschen können. Als ich in Erlangen ankam, wurde mir bedeutet, dass ich nicht nur eine öffentliche Antrittsvorlesung zu halten hätte – erst danach galt man als wirklich zur Fakultät gehörig –, sondern mich auch im Senat persönlich vorzustellen habe, dem keine Assistenten oder gar Studenten angehörten. Neben dem Rektor gab es nur den Senat, dem alle ordentlichen Professoren angehörten. Sie waren die Lehrstuhlinhaber und die wenigen Lehrstuhlinhaberinnen. Diesem Senat oblagen alle wesentlichen Beschlüsse.

In der Universität in Marburg, wo ich von 1961 bis 1966 als Dozent gearbeitet hatte, war das anders gewesen. Es gab einen Kleinen und einen

Großen Senat. Letzterem war nur noch die Wahl des Rektors zugestanden worden. Alle übrigen Entscheidungen traf der Kleine Senat. Er bestand aus dem Rektor als Vorsitzendem, Vertreter der einzelnen Fakultäten und Vertretern der Nichtordinarien. Zu denen gehörten alle Dozenten und außerplanmäßigen Professoren. Dass diese gehört wurden, dafür hatte ich mich in Marburg eingesetzt.

Ob es auch Nichtordinarien im Erlanger Senat 1967 gab – ich habe keine in Erinnerung. Dieser Senat wäre dann der rechtliche Ausdruck der sogenannten „Ordinarienuniversität“ gewesen: Alle wichtigen Entscheidungen lagen in dessen Hand. Durch die Vermehrung der ordentlichen Professuren in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde der Senat jedoch größer und unüberschaubarer. So hatte auch die Theologische Fakultät zwei neue Lehrstühle für „Geschichte und Theologie des christlichen Ostens“ und für „Missions- und Religionsgeschichte“ erhalten. Zu den ordentli-



chen Professoren kamen die Nichtordinarien, die Assistenten, deren Zahl damals geradezu explodierte, und die Studierenden hinzu, deren Zahl sich ebenfalls erheblich erhöhte. Auch der Verwaltungsapparat weitete sich aus.

Deswegen wurde auch in Erlangen, das durchaus nicht so beschaulich ist, wie es immer hingestellt wird, im Senat diskutiert, dass ein kleines Gremium gebildet werden müsse, dem die laufenden Geschäfte anzuvertrauen seien. Dazu machten uns unsere Assistenten „Beine“. Während wir diese Fragen besprachen, wurde nämlich unser Augenklinikler hinausgebeten. Kranke gehen natürlich Verwaltungsdiskussionen vor. Kurz danach hörten wir allerdings vor dem Saal seltsame Geräusche. Ob die Bitte, unser Augenklini-

ker müsse zu einem Patienten kommen, fingiert war, weiß ich nicht. Jedenfalls hatten sich vor dem Hörsaalgebäude, in dem sich noch heute der „Senatssaal“ befindet, recht viele Assistenten eingefunden, die wegen der geöffneten Tür in das Gebäude hatten gelangen können und die sich auf den Boden vor unserem Versammlungsort hingesetzt hatten.

Sie hatten ein „Sit-in“ gebildet, wie das damals genannt wurde. Als wir die Sitzung beendeten beziehungsweise abbrachen, standen wir vor unseren sitzenden Mitarbeitern. Nachdrücklich machten sie dadurch auf sich aufmerksam: „Wir sind auch noch da! Vergesst uns nicht!“ Neugierig wie ich bin, gehörte ich mit zu den ersten, die den Saal verließen und die die „Bescherung“ vor sich sahen. Meinen eigenen Assistenten

Friedrich
Alexander
Universität
Erlangen-
Nürnberg,
Sitz der Univer-
sitätsleitung



Protestmarsch
Erlanger
Studenten gegen
das Schah-
Regime am
3. Juni 1967,
einen Tag
nach Benno
Ohnesorgs Tod.



Ein Sit-in am 8. Februar 1968 hindert Professoren, den Senatssaal nach ihrer Sitzung zu verlassen.

sah ich zwar nicht (er habilitierte sich schon!), aber den meines Kollegen Walther von Loewenich. Freundschaftlich und von meiner Seite aus sicher, auch erstaunt, sahen wir uns an. Es kam zu keinen Handgreiflichkeiten. Das Sit-in wurde nach einer Weile von den Teilnehmern friedlich und freundlich beendet.

LÖSUNGEN

Was viele Worte nicht vermögen, das bewirken solche Vorgänge: Die ordentlichen Professoren hatten viel zu wenig an ihre engsten Mitarbeiter gedacht. Hinzu kamen die Verwaltungsangestellten und nicht zuletzt die Studierenden. Sie wurden in die Bildung des Kleinen Senats jetzt einbezogen und konnten ihre Beschwerden, aber auch neue Pers-

pektiven vortragen. Auch in Erlangen kam es jedoch zu Spannungen. Besonders böse hatten es die Studierenden auf Hans-Joachim Schoeps abgesehen. Er war Jude und hatte sich vor den Nazis nach Schweden retten können, war aber nach dem Zweiten Weltkrieg schnell nach Deutschland zurückgekehrt. Er hat sich für ein demokratisches Deutschland eingesetzt und es vermieden, alle Deutschen als Nazis oder auch nur als potenzielle Nazis anzusehen. Aber es gab Studierende, die meinten, er verherrliche zu sehr das Preußische. Dass ausgerechnet Schoeps von Menschen, die sich als Anti-Nazis verstanden, schwer zugesetzt wurde, war unverständlich. Er war Professor in der Philosophischen Fakultät.

Dort waren die Spannungen stärker als in meiner, der Theologischen

Fakultät. Unsere Studentenzahlen waren klein. Wir vermieden das Gespräch nicht. Auch als die Vorlesungen „bestreikt“ wurden und unser Kanzler den Lernenden und den Lehrenden, die zu ihren Lehrveranstaltungen gehen wollten, zwischen den sitzenden Streikenden eine Gasse freihielt, vermied ich das Spießrutenlaufen nicht, sondern arbeitete mich zu meinem Hörsaal durch. Ich unterhielt mich mit den Wenigen, die zur Vorlesung gekommen waren über die anstehenden Probleme. Wie wenig wir Ordinarien auf diese spannungsvolle Situation vorbereitet waren, wurde mir deutlich, als unser Rektor seinen Bericht bei der jährlichen Versammlung der Universität vorlas. Kaum hatte er angefangen, wurde derselbe Text von der Empore aus mitgelesen. Die Studierenden hatten sich das Manuskript zu verschaffen gewusst und machten deutlich, dass der Rektor ihnen nicht gewachsen war. Denn dieser hielt sich sklavisch an seinen Text und sprach nicht frei noch stellte er seine Rede geschickt um. Eine groteske Situation.



Hans-Joachim Schoeps (1909-1980)

MASSENUNIVERSITÄT

Gemessen an anderen Universitäten und auch an ihren Theologischen Fakultäten hielt sich der Protest in Erlangen in Grenzen. Selbst die Provokationen waren gesittet. Häufig wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht und diese auch gerade in meiner Fakultät gefunden. Aber mit dem Protest der „68er“ fielen auch manche Traditionen weg. Nach einem Vorfall in Hamburg, wo den zu einer Universitätsversammlung einziehenden Professoren ein Schild vorausgetragen wurde mit der Aufschrift: „Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren“ fiel den Universitäten nichts anderes ein als der grundsätzliche Verzicht auf Talare. Das haben andere Länder besser gelöst. Als ich zu meiner Theologischen Ehrenpromotion nach St. Andrews in Schottland 1980 eingeladen wurde, durfte ich mir aber einen Talar vom Dachboden des Hörsaalgebäudes holen.

Während in Heidelberg in einem Gottesdienst gelästert wurde, so dass er vom zuständigen Professor abgebrochen wurde, während in Marburg die kritisierten Theologieprofessoren mit Zivilterror wie Einbrüchen, überzogen wurden, bei denen nichts gestohlen wurde, und während in Göttingen die Theologiestudierenden durchsetzten, in ihrem Fakultätsexamen die Prüfung in allen Fächern so oft wiederholen zu dürfen, bis sie endlich bestanden war, kamen ähnliche Vorkommnisse oder Entscheidungen in Erlangen nicht vor. Das Frän-

Mit dem Protest „68er“ entfielen manche Traditionen



Studierende bestreiken ihr Vorlesungsgebäude.

kisch-Beständige hatte hier einen guten Einfluss. Aber die Zahlen nahmen zu. Vor allem die der Studenten. Das erforderte große Anstrengungen der Universität. Dagegen nahm die Zahl der Theologiestudierenden nach 1968 erheblich ab. Prozentual wurden wir in der Massenuniversität immer weniger. Dadurch minderte sich auch das bisherige institutionelle Gewicht.

WERTEWANDEL

Wichtiger als solche Äußerlichkeiten aber waren inhaltliche Veränderungen. Die „68er“ wollten eine neue Welt. Sie wollten Klarheit darüber,

was ihre Eltern während der Nazidiktatur gemacht hatten; sie wollten das Ende der bürgerlichen Moral und die Herstellung des Paradieses auf Erden. „Make love, not war“ war nur eins der Schlagworte dafür. Kommunen bildeten sich, die sich rühmten, die bürgerliche Prüderie der Alten überwunden zu haben. Antiautoritäre Kindergärten schossen aus dem Boden, in denen die Kinder fragten: „Müssen wir heute wieder machen, was wir wollen?“ Überhaupt gab es keine Vorrechte mehr. Vorlesungen kamen außer Mode. Man wollte sich nichts von niemand sagen lassen, sondern man wollte selber reden oder wenigstens diskutieren.

Dieser „Wertewandel“ war ein Werteverlust. An die Stelle von Anstand und Höflichkeit trat Selbstbewusstsein, häufig mit Rüpelhaftigkeit verbunden. Es entwickelte sich verstärkt eine Ellenbogen-Gesellschaft. Die Starken setzen sich durch. Die Schwachen wurden noch mehr als bisher an die Wand gedrückt. All' das geschah nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern. In Frankreich etwa geriet die Revolte an den Rand einer Revolution. In den Vereinigten Staaten von Amerika gab es große Treffen, auf denen sich die Masse gegenseitig bestätigte, auf dem richtigen Weg zu sein. Die sexuelle Belästigung von jungen Schauspielerinnen, von der die „Me too“-Bewegung Zeugnis gibt, wäre wohl kaum möglich gewesen, hätten nicht die „68er“ die Prüderie verteufelt und die Promiskuität als einen wichtigen Schritt in Richtung Freiheit und Selbstverwirklichung in einer neuen Welt gepriesen.

Brutstätte dieser Entwicklung waren nicht zuletzt die Universitä-

ten. Marxistische Philosophen hatten den größten Zulauf. Einer meiner Kollegen, ein Sozialethiker, entdeckte plötzlich den Marxismus als die reine Lehre. Natürlich gab es dagegen Widerspruch. Es wäre falsch, nur von Sonnenschein oder nur von Finsternis zu reden. Positiv war, dass es jetzt häufig ein persönliches Verhältnis zwischen Lernenden und Lehrenden gab. Viele, die sich früher nicht getraut hatten, wurden jetzt mutiger. Der Lehrende musste sich beweisen, wenn er anerkannt werden sollte. Mit einem Machtanspruch: „Ich bin aber ...!“ hätte man sich nur lächerlich gemacht.

Geblichen ist das Antiautoritäre. Eine Sache muss um ihrer selbst willen wichtig sein, wenn sie ernst genommen werden soll. Diese gesunde Kritik darf aber auch nicht überzogen werden. Wer sich selbst als

alleinige Autorität begreift und jede Kritik an sich ablehnt, wird gemeinschaftsunfähig. Hier schlägt das Antiautoritäre in einen klaren Machtanspruch und ins Autoritäre um. Bezeichnend war, dass sich eine Gruppe von Vikaren bildete, die meinte, die Kirchen werde man leichter mit der neuen Ideologie besiegen können als den Staat. Sie wollten deswegen zunächst die Kirchen mit der von ihnen propagierten antiautoritären Freiheit beglücken, bevor sie sich danach die Gesellschaft vornehmen wollten. Daraus wurde aber nichts.

Noch schlimmere Auswirkungen hat noch heute der berühmte Satz

Eine Gruppe von Vikaren wollte mit antiautoritärer Freiheit beglücken





Instrumentalisierung von Kindern im Kampf um das Recht auf Abtreibung, 1971

„Mein Bauch gehört mir“. Wer ihn ausspricht, obwohl eine Schwangerschaft vorliegt und dadurch ein zweiter Mensch Anspruch auf dasselbe Organ hat, der bietet häufig keinen Raum für ein anderes Lebewesen. Hier wird das Selbstbestimmungsrecht zu einem Tötungsrecht – zwar verboten, aber nicht strafbar, wie das

(allerhöchste) Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Laut Statistischem Bundesamt betrug im

Selbstbestimmungsrecht wird zu Tötungsrecht

Jahr 2016 in unserem Land die Zahl der „Lebendgeborenen“ 792131 (die Zahl für 2017 liegt noch nicht vor) und im Jahr 2017 diejenige der „Schwangerschaftsabbrüche“ 101209 (eine Steigerung von 2,5 % gegenüber dem Vorjahr). Diese Fakten sind eine Folge des von vielen gepriesenen „Wertewandels“.

Neue Werte braucht das Land! Das gilt heute nicht weniger als zu allen Zeiten. Das würde heißen: Statt Egoismus Nächstenliebe, statt Gier nach Selbstverwirklichung Hinwendung zur Gemeinschaft, statt Sucht nach Geld ehrenamtliche Betätigung und vieles Ähnliches mehr. Wie gut täte uns alles, was zum Zusammenwachsen der Gesellschaft beiträgt. Wir aber beklagen lediglich mit Worten das soziale Auseinanderdriften der verschiedenen Schichten. 2018 ist es deswegen höchste Zeit, dass neue Werte, die dieses Begriffes wert sind, entdeckt werden. Dann würden Frieden und Gerechtigkeit wachsen.

Dasselbe sagt uns die Heilige Schrift: „Doch ist ja seine Hilfe nahe denen, die ihn fürchten, dass in unserem Lande Ehre wohne; dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Psalm 85, 10f.). ●

Aktuelle Debatte

Dokumentation

Gemeinsame Erklärung von
Bischof Dr. Rudolf Voderholzer und
Regionalbischof Dr. Hans-Martin Weiss
zur Debatte um das Kreuz in öffentlichen
Räumen staatlicher Einrichtungen



Bischof Rudolf Voderholzer und Regionalbischof Hans-Martin Weiss

Dieser Artikel ist ein Auszug aus der Zeitschrift:

CA - Confessio Augustana

Das Lutherische Magazin für Religion,
Gesellschaft und Kultur

1968er Revolution

Heft 2 / 2018

CA wird herausgegeben von der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche e.V.
<http://www.gesellschaft-fuer-mission.de>

Weitere Artikel stehen unter <http://confessio-augustana.info>
zum Herunterladen bereit.

Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche e.V.
Missionsstraße 3
91564 Neuendettelsau
Tel.: 09874-68934-0
E-Mail.: info@freimund-verlag.de